

Klimaschutz-Gipfel: Gemeinnützige kritisieren falsche
Gewichtung in Klimaschutz-Diskussion

Utl: Wohnbau nur an 4. Stelle der Treibhausgas-Verursacher =

Wien (OTS) „In der politischen Diskussion wird mancherorts der Eindruck erweckt, der Wohnbau sei der Hauptverursacher der Treibhausgas-Emissionen. Das ist grundfalsch. Tatsächlich liegt der Wohnbausektor nur an 4. Stelle“, erklärte Karl Wurm, Obmann des Dachverbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen am Donnerstag anlässlich des heute stattfindenden Klimaschutz-Gipfels. Die Hauptverursacher des CO₂-Ausstoßes seien im Verkehrs- und Industriesektor zu finden. Klimaschutzmaßnahmen hätten zu allererst dort anzusetzen. Der Bereich Wohnen nehme demgegenüber nur einen Anteil von rd. 10% der Treibhausgas-Emissionen ein. Die beabsichtigte Umschichtung der Wohnbauförderung zum Zwecke energieeffizienter Maßnahmen sei der falsche Weg. Ohne eine Aufstockung der Wohnbauförderung hätte dies fatale Auswirkungen für die Neubauleistung. Wurm wies darauf hin, dass die Gemeinnützigen beim Klimaschutz „mit gutem Beispiel vorangehen. Wir haben bereits die von der Regierung angestrebte Steigerung der Sanierungsrate der Gebäudesubstanz auf 3% erreicht.“ Im Schnitt der letzten 5 Jahre seien rd. 16.000 Mietwohnungen energetisch auf einem höheren Stand gebracht worden. ****

Wie der neue Klimaschutzbericht des Umweltbundesamtes für 2006 aufzeige, rangiere der Sektor Raumwärme/Kleinverbrauch mit 15,6% CO₂-Ausstoß nach dem Industrie- und Verkehrssektor mit 27,8% bzw. 25,5% und der Energieaufbringung mit 17% an 4. Stelle der Emissionsverursacher. Während sich aber in den anderen drei Sektoren ein z.T. starker Anstieg des Treibhausgas-Ausstoßes feststellen lässt, ist jener im Bereich der Raumwärme/Kleinverbrauch um 6% zurückgegangen. Wurm: „Diese Entwicklung ist ausschließlich auf den Wohnbau zurückzuführen. Dort konnten die Emissionen aufgrund von Sanierungen und kohlenstoffärmere Heizsysteme um beachtliche 12,5% reduziert werden. Im Gewerbe- und Dienstleistungsbereich sei es demgegenüber aber zu einem Anstieg um 28% gekommen. Das zeige, wie ungleich der CO₂-Ausstoß innerhalb des Sektors Raumwärme/Kleinverbrauch verteilt sei. „Eigenheime sind zu mehr als zwei Drittel für den Gesamtausstoß im Wohnungsbereich verantwortlich. Hier ist das größte Einsparungspotenzial im Gebäudesektor vorhanden“, stellte der Verbandsobmann der Gemeinnützigen fest.

Wenn nun daran gedacht werde, die derzeit vorhandenen Mittel der Wohnbauförderung in Richtung Gebäudesanierung umzuschichten, müsse man sich im Klaren sein, welche Konsequenzen dies habe, erklärte Wurm. Von einem „ökosozialen Wohnbau“ könne dann keine Rede mehr sein. Eine weitere Ökologisierung der Wohnbauförderung beeinträchtigt unweigerlich die Neubauleistung und daher die Bereitstellung kostengünstiger Wohnungen. „Wirtschaftsforscher prognostizieren durch Zuwanderung einen jährlichen Mehrbedarf von 8.000 Wohnungen gegenüber der aktuellen Wohnbauleistung von 47.000 Einheiten. Ein Abziehen der Wohnbauförderungsmittel aus dem Neubau würde zu einer Knappheit an Wohnungsmarkt führen. In weiterer Folge würden durch die erhöhte Nachfrage auch die Wohnungsmieten steigen – ein Teufelskreislauf“, zeigte sich Wurm überzeugt.

In einer Zeit, in der mehr Neubau notwendig sei, sei es daher nicht sinnvoll, eben diesen zugunsten qualitativer Maßnahmen im Gebäudesegment zu drosseln. Was es brauche, sei keine Verlagerung der Förderungsmittel auf Kosten leistbaren Wohnraums, sondern eine längst überfällige Aufstockung der Wohnbauförderung. „Der Bund“, so Wurm abschließend, „darf sich nicht aus seiner umfassenden Verantwortung für das Wohnbauförderungswesen zurückziehen.“ Hier sei insbesondere Umweltminister Pröll gefordert. Wenn dieser nun auf ein vernünftig erscheinendes Durchgriffsrecht in der Klimaschutzpolitik insistiere, müsse dies aber auch mit einem Durchgriffsrecht bei den dafür bereitstehenden Finanzmitteln verbunden sein. (Schluss) as

Rückfragehinweis: Mag. Karl Wurm
Österreichischer Verband gemeinnütziger
Bauvereinigungen
Tel. 01/401 09 10